

**23
78**

Union in Deutschland

Bonn, den 8. Juni 1978

Erfolg harter Arbeit

Die Ergebnisse der Wahlen in Niedersachsen und Hamburg sind ein neuer Beweis des Vertrauens der Wähler in die Union als stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland. Diesen Erfolg harter Arbeit hat der Bundesvorstand auf seiner Sitzung am 5. Juni 1978 gewürdigt und vor allem Ministerpräsident Albrecht und Erik Blumenfeld für den hervorragenden Einsatz während des Wahlkampfes gedankt. Vor der Presse stellte Generalsekretär Heiner Geißler fest:

Die Landesverbände in Niedersachsen und in Hamburg haben besonders unterstrichen, daß der Einsatz von Helmut Kohl zu dem guten Ergebnis in Niedersachsen und auch in Hamburg entscheidend beigetragen hat. Bei einer ersten Analyse ist vor allem als ein herausragendes Ergebnis festgestellt worden, daß die CDU in allen wichtigen politischen Sachgebieten die Sachkompetenz vor der SPD und selbstverständlich auch vor der FDP erreicht hat.

Die Wähler trauen der CDU in weitaus stärkerem Maße als der SPD zu, mit der Arbeitslosigkeit fertig zu werden, eine richtige Bildungspolitik zu betreiben, die Wirtschaftspolitik wieder in Ordnung zu bringen und sie geben der CDU auch einen klaren Kompetenzvorsprung auf dem Gebiet

Weiter auf Seite 2

■ WAHLEN

Analyse des Wahlergebnisses von Niedersachsen. Seite 4

Analyse des Wahlergebnisses zur Hamburger Bürgerschaft. Seite 6

Sonderdienst von Gesamt- und Einzelergebnissen; Übersicht aller Landtagswahlen; Zusammensetzung der Bundesversammlung und Pressestimmen zum Ausgang der Wahlen im Uid-Extra. Gelber Teil

■ SPD

Helmut Kohl: Endlich Schluß mit Heuchelei und Pharisäertum. Seite 7

■ BUNDESTAG

So benimmt sich Herbert Wehner. Seite 9

■ KOALITION

Bundesregierung verzögert fällige Steuerschätzungen. Seite 10

■ HÖCHERL-BERICHT

Die Forderungen der Union wurden bestätigt. Seite 11

■ SUBVENTIONEN

Ständige Überprüfung und Anpassung unbedingt erforderlich. Seite 13

■ DOKUMENTATION

Keine Verfassungsfeinde in den öffentlichen Dienst. Grüner Teil

der Sozialpolitik. (UiD wird in der nächsten Ausgabe hierüber eine Dokumentation veröffentlichen.)

Aufgrund dieser Entwicklung ist auch der große Stimmengewinn der CDU — vor allem in den Großstädten — zurückzuführen, voran in Hannover, aber auch in Braunschweig oder in Wolfsburg, wo die CDU die absolute Mehrheit gewonnen hat. Auch Hamburg ist kein Gegenbeispiel, sondern ist ein Beispiel für diese Entwicklung. In Hamburg hat die Christlich Demokratische Union seit 1960 kontinuierlich bei den Bürgerschaftswahlen gewonnen, regelmäßig um zwei bis drei Prozent. Das Ergebnis von 1974, das der CDU mehr als 40 Prozent der Stimmen brachte, war auf die sehr hohe Wahlenthaltung von SPD-Wählern angesichts mehrerer bundespolitischer Skandale zurückzuführen. Aber es ist mit 37,6 Prozent das zweitbeste Bürgerschaftswahlergebnis, das die CDU in Hamburg je erreicht hat und es ist eine weitere Verbesserung der Hamburger CDU im Verhältnis zu den Bundestagswahlen.

Parteipolitische Landschaft in Bewegung

Der Bundesvorstand war sich darüber einig, daß die parteipolitische Landschaft aufgrund der Wahlergebnisse des gestrigen Tages in Bewegung geraten ist. Nicht nur wegen der „Grünen Listen“, sondern insgesamt deswegen, weil die Kombination von Stimmen auf Parteien, die die Fünfprozentklausel nicht überschritten haben, zu einer Stabilisierung für die Bildung von regierungsfähigen Mehrheiten geführt hat. Die CDU wird diese Entwicklung außerordentlich sorgfältig beobachten.

Der Bundesvorstand ist nach vorsichtiger, aber doch begründeter Auffassung zu der Überzeugung gelangt, daß der zum Teil katastrophale Rückgang der Freien Demokratischen Partei nicht in erster Linie auf die „Grünen Listen“ zurückzuführen ist, sondern andere Gründe hat. Wir haben feststellen können, daß alle Parteien, die CDU am wenigsten, an die „Grünen Listen“ verloren hat, daß aber die Hauptverluste der FDP dadurch zustande gekommen sind, daß Wähler der FDP in einer großen Anzahl entweder zur CDU oder zur SPD abgewandert sind.

FDP Opfer ihrer bundespolitischen Koalition mit der SPD

Die Gründe für die FDP-Verluste liegen nach Auffassung des Bundesvorstandes darin, daß die FDP ihr liberales Profil auf der Bundesebene verloren hat und daß dieser Verlust an Liberalität auf die Landtagswahlergebnisse in Niedersachsen und in Hamburg voll durchgeschlagen ist. Die FDP ist auf der Bundesebene in wichtigen politischen Bereichen von der SPD kaum mehr zu unterscheiden. Dies gilt für die Wirtschaftspolitik, die Steuerpolitik, für die Vermögenspolitik, es gilt aber auch für die gesamte Bildungspolitik. Der Wähler glaubt nicht mehr, daß liberale Politik durch die Freien Demokraten garantiert werden kann.

Wir beobachten diese Entwicklung gewiß nicht mit Schadenfreude, wir sind allerdings der Meinung, daß die FDP sich bald darüber klar werden muß, welchen politischen Kurs sie einschlagen will, ob sie so weiter machen will wie bisher, wenn sie die Sozialdemokratische Partei in Bonn in dieser Koalition an der Macht hält, unter Verlust des liberalen Profils, unter Aufgabe liberaler Politik — oder ob sie

bereit ist, im Bund und in den Ländern für regierungsfähige Mehrheiten Sorge zu tragen, die in der Lage sind, die Probleme zu lösen, für die die jetzige Bundesregierung keine politische Legitimation mehr besitzt und für deren Lösung sie über keine ausreichende Mehrheit mehr im eigenen Koalitionslager verfügt.

Die FDP ist bei diesen Landtagswahlen ein Opfer ihrer bundespolitischen Koalition mit der SPD geworden.

Der Unterschied zwischen Hamburg und Niedersachsen

Auf Fragen von Journalisten antwortete Heiner Geißler u. a.:

Es gibt einen ganz erheblichen Unterschied zwischen dem Wahlergebnis in Hamburg und in Niedersachsen. In Hamburg haben die Freien Demokraten ungefähr 60 Prozent ihrer Wähler verloren, während in Niedersachsen sich dieser Verlust auf 30 Prozent beschränkt. In Niedersachsen ist es der FDP trotz einer guten Zusammenarbeit mit der CDU nicht gelungen, den gegen sie gerichteten negativen bundespolitischen Trend aufzuhalten. Das sogenannte sozial-liberale Bündnis in Hamburg aber hat eine katastrophale Abfuhr durch die Wähler erhalten, was die Halbierung — mehr als eine Halbierung — des Wählerpotentials der FDP in Hamburg beweist und was in Niedersachsen ja nicht der Fall gewesen ist.

Die „Grünen Listen“ sind im Gegensatz zu der Auffassung von Egon Bahr, der gesagt hat, dies sei eine negative Entwicklung, eine Art Anschlag auf die parlamentarische Demokratie, für die CDU eine politische Herausforderung, das heißt wir werden darüber nachdenken, aufgrund welcher Motivationen eine solche Entwicklung stattgefunden hat, die immerhin aus dem Stand heraus einer „Grünen Liste“ 3,5 bis 3,6 Prozent der Stimmen gebracht hat.

80 % gegen „Grüne Liste“

Auf der anderen Seite möchten wir aber auch feststellen, daß z. B. in dem Bezirk Gorleben, in dem ja die „Grüne Liste“, die Umweltschutzliste, eine besonders große Aktivität gezeigt hat, zwar die CDU abgenommen hat — von 61,6 Prozent auf 52,8 Prozent — und daß die „Grüne Liste“ dort auf 17,8 Prozent gekommen ist. Das ist ganz sicher für die „Grüne Liste“ ein guter Erfolg. Aber wir müssen ebenso legitim den Umkehrschluß ziehen, daß trotz einer sehr massiven Propaganda und trotz einer sehr ausführlichen Diskussion über eine Entsorgungsanlage in diesem Raum, sich immerhin mehr als 80 Prozent der Bürger eben nicht für die „Grüne Liste“ entschieden haben, sondern zu einem ganz großen Teil, eben mehrheitlich für die CDU und damit für Ministerpräsident Albrecht, aber auch für die anderen beiden Parteien votiert haben.

Nächstes Ziel: Regierungsübernahme in Hessen

Wir haben selbstverständlich über die kommenden Landtagswahlen gesprochen und es ist im Bundesvorstand allgemein die Auffassung vertreten worden, die wir im übrigen auch schon vorher gehabt haben, daß die Christlich Demokratische Union mit einer großen Aussicht auf Erfolg in die hessischen Landtagswahlen gehen kann. Das hat das Wahlergebnis vom Sonntag noch bekräftigt.

■ WAHL-ANALYSEN

Niedersachsen: Wähler bestätigten die Politik der Regierung Albrecht

Nachfolgend geben die Landesverbände Niedersachsen und Hamburg eine erste Analyse der Ergebnisse der Wahlen vom letzten Sonntag:

Es mag am Tag nach der Wahl noch zu früh sein. Wahlverhalten und Wahlergebnisse abschließend zu analysieren. Dazu fehlen noch zu viele Daten und Angaben, gerade was das Wahlverhalten der Jungwähler etwa betrifft. Da ist zunächst die Feststellung, daß die CDU trotz der deutlich geringeren Wahlbeteiligung an ihr Traumergebnis von 1974 mit 48,7 % bis auf 0,1 herankam. Bei einem Minus in der Wahlbeteiligung von 5,7 % ist das ein erstaunliches Resultat. Da ist weiter die für die Volkspartei CDU erfreuliche Tatsache, daß die großen Zunahmen vor allem in den großen Städten bzw. im Einzugsbereich der Städte, in den Ballungsräumen, erzielt werden konnten.

Einige Beispiele: + 3,7 % in Langenhagen, + 3,5 % in Garbsen, + 3,5 % in Wietze, dem Wahlkreis des Ministerpräsidenten, + 3,3 % in Gehrden, + 3,2 % in Hannover Nordost, + 2,8 % in Hannover Südost, + 2,8 % in Hannover-Limmer, aber auch Braunschweig III mit + 1,9 %. Alle sieben Hannoveraner Wahlkreise haben zugelegt. Keiner weniger als

+ 1,4 % (Hannover Mitte). Hier aber liegt die CDU mit einem Ergebnis von 49,8 % ohnehin nur noch um 0,2 unter der absoluten Mehrheit.

Da die CDU auch in Wolfsburg und Salzgitter auf Gewinne verweisen kann (in Wolfsburg errang sie sogar die absolute Mehrheit), heißt das ganz eindeutig, daß die „Albrecht-Politik“ entgegen der polemischen Wahlpropaganda der SPD von den Arbeitnehmern im Lande Niedersachsen nicht als Politik für „Chefetagen“, sondern als Politik im Sinne und für die Interessen der Arbeitnehmer begriffen wurde.

Hier liegt die entscheidende Niederlage für die SPD. Die CDU nahm der SPD acht Wahlkreise ab, davon wiederum mit Gehrden, Burgdorf und Braunschweig III mehrere aus großstädtischem Bereich. Nur ein Wahlkreis ging von der CDU an die SPD. Insgesamt errang die CDU 61 Direktmandate, das sind fast zwei Drittel aller Wahlkreise. Umgekehrt wurden freilich auch Schwachstellen sichtbar. So mußte die CDU einen Rückgang vor allem in ihren angestammten Hochburgen hinnehmen, im katholischen Emsland etwa. Vier Wochen vor dem Wahlgang hatte der Ministerpräsident im Landesvorstand dazu aufgefordert, gerade hier die Wähler an die Urne zu bringen. Das ist offensichtlich im erhofften Ausmaß nichteglückt. So gab es in Vechta ein Minus von 5,7 % bei der Wahlbeteiligung, in Cloppenburg waren sogar 7 %

weniger Wähler in die Wahllokale gegangen, in Aschendorf-Hümmling schließlich waren es 9,1 %.

Das schlug sich in Verlusten der CDU zu Buche. Die Wahlkreise wurden jedoch mit überaus hohen Vorsprüngen allesamt gewonnen. Dennoch wäre hier für die CDU die fehlenden 1,4 % für die absolute Mehrheit der Stimmen zu holen gewesen.

Die Wahlkreise, in denen die CDU ihre größten Verluste hinnehmen mußte, sind zumeist besondere Problembereiche. Da ist der Wahlkreis Soltau. Hier beträgt der Verlust der CDU 16,7 %. Diese Stimmen gingen vor allem auf das Konto der „Freien Union“ (FU), die als Reaktion auf die Kreis- und Gebietsreform gegründet wurde, insbesondere alte CDU-Wähler anspricht und es immerhin auf 19,8 % Stimmen brachte, die fast völlig von der CDU kamen, die gegenüber ihrem jetzigen Ergebnis von 43 %, was immer noch Direktsieg im Wahlkreis bedeutet, vor vier Jahren noch auf 59,7 % verweisen konnte.

8,8 % verlor die CDU in Lüchow-Dannenberg. Hier liegt der Ort des geplanten Entsorgungszentrums Gorleben. Die Grüne Liste Umweltschutz (GLU) kam auf 17,8 %. Dennoch blieb der Wahlkreis der CDU erhalten. Die GLU konnte sich eine erstaunliche Position auch in den angrenzenden Wahlkreisen sichern. So eroberte sie in Lüneburg 6 %, in Bevensen 6,5 % und in Uelzen 7 %. Freilich hatte die GLU auch anderswo im Lande Erfolge. Sie blieb mit 3,9 % nur um 0,3 unter dem Ergebnis der etablierten FDP, ja sie überrundete in vielen Wahlkreisen die FDP deutlich.

Dennoch kann nicht pauschal behauptet werden, daß die Stimmen für die GLU voll auf das Konto der FDP gingen. Im einzigen Wahlkreis, in dem die GLU nicht kandidierte, in Bückeburg-Stadt-

hagen, rutschte die FDP ebenfalls unter die Fünf-Prozent-Grenze. Sicherlich: der Erfolg der GLU traf die FDP mehr als die großen Parteien, weil ihre Substanz geringer ist und weil sie gerade Protestwähler anspricht. Ihr Wahlkampfspruch „Wir machen mehr aus ihrer Stimme“ weist etwa in diese Richtung.

Allerdings darf nicht vergessen werden, daß die FDP offensichtlich einem negativen Bунdestrend unterliegt. Der Wähler ist es leid, daß die FDP allenthalben die beiden großen Parteien tatsächlich oder vermeintlich dirigiert. Das hat ihr jetzt geschadet.

Während FU und GLU die nächsten vier Jahre wohl kaum überstehen werden, weil sie ohne parlamentarische Funktion einfach nicht überleben können und auch keine Basis haben, wird die FDP über die Runden kommen, allerdings von innerparteilichen Auseinandersetzungen gebeutelt werden.

Fatal ist nach dem Wahlausgang auch die Lage bei der SPD. Die Auseinandersetzungen der letzten Monate, mühsam übertüncht, werden wieder aufbrechen. Weil die hochgeschraubten Erwartungen sich nicht erfüllten und die SPD sich immer noch nicht auf ihre Oppositions-Rolle eingestellt hat, wird sie ihre Zuflucht in einer besonders harten Auseinandersetzung mit der Regierung suchen. Nur so kann sie ihre Anhänger vom Nachdenken über die Niederlage ablenken.

Die CDU wird das Wahlergebnis gründlich analysieren, wobei besonders nach den Gründen für die geringe Wahlbeteiligung, nach der Abstinenz in den CDU-Hochburgen und nach den Gründen für die Protesthaltung vieler potentieller CDU-Wähler gefragt werden muß. Umgekehrt wird man auf den Erfolgen in den Ballungsräumen aufbauen.

Hamburg: CDU konnte Wählerschaft stabilisieren

Die CDU konnte in Hamburg ihre Wählerschaft stabilisieren, allerdings nicht ganz ihr sensationelles Wahlergebnis von 1974 (Gewinn von 7,8 Prozent, SPD Verlust von 10,4 Prozent) erreichen. Die SPD erhält wieder die absolute Mehrheit, die FDP ist zum ersten Mal seit dem Kriege in der Bürgerschaft nicht vertreten.

Das sind die herausragenden Merkmale der Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft und den Bezirksversammlungen vom 4. Juni 1974. Ergebnis: SPD 51,5, CDU 37,6 %, FDP 4,8 %.

Die Hamburger SPD konnte trotz des Schmidt-Bonus, der sich in seiner Heimatstadt besonders deutlich machte, ihre großen Verluste von 1974 nur zu rd. zwei Dritteln wettmachen und liegt noch 1,1 % unter dem Bundestagswahlergebnis von 1976. Damit ist der SPD eine Rückkehr zu ihrem alten Stand nicht gelungen.

Die CDU hat unter ihren Spitzenkandidaten Erik Blumenfeld und Jürgen Echternach ihr zweitbestes Ergebnis aller Bürgerschaftswahlen und Bundestagswahlen erzielt. Da ihr Spitzenergebnis von 1974 unter einmaligen bundes- und landespolitischen Voraussetzungen zu stande kam (z. B. die Krise um den damaligen Bundeskanzler Brandt), ist es bemerkenswert, daß der Union die Mehrheit ihrer „Neuwähler“ die Treue gehalten hat; Wähler, die 1974 in erster Linie Protestwähler gegen die Sozialdemokraten waren.

Betrachtet man das Hamburger Ergebnis von 1974 als „Ausreißer“, so ist festzustellen, daß — genau wie in Niedersachsen — in den letzten Jahren

insgesamt ein deutlicher Trend zur CDU auf Kosten der SPD zu verzeichnen ist.

Als vernichtend ist das Wahlergebnis für den „linksaußen“ stehenden Landesverband Hamburg der FDP zu bezeichnen. Er verlor mit 6,1 % weit über die Hälfte der Stimmen. Damit erhielt das Linksduo Biallas/Schuchardt eine klare Abfuhr durch die Wähler. Führungs- und Richtungskämpfe sind dadurch vorprogrammiert.

Erste Wahlanalysen ergeben, daß die FDP-Wähler überwiegend zur CDU bzw. SPD abgewandert sind und nicht, wie angenommen wurde, zu den neu auftretenden Umweltschutzparteien.

Die von Kommunisten (Kommunistischer Bund) majorisierte „Bunte Liste“, die unter dem Deckmantel der Umweltschutzpartei auftrat, gelang es mit 3,5 % den Großteil des linksextremen Wählerpotentials (die DKP verlor mehr als die Hälfte ihrer Stimmen) auf sich zu konzentrieren. Hinzu kommen Protestwähler, insbesondere aus Jungwählerkreisen.

Bei den ebenfalls durchgeführten Wahlen zu den Bezirksversammlungen waren die CDU-Verluste geringer. Der FDP gelang es, sich knapp in 6 von 7 Bezirken parlamentarisch zu behaupten.

Die neue SPD-Fraktion ist durch einen starken Linksruck gekennzeichnet. Ein Drittel der SPD-Abgeordneten ist dem linken Flügel zuzurechnen, darunter sind einige stramme Stamokap-Anhänger. Trotz der absoluten Mehrheit wird daher das Regieren für Bürgermeister Klose schwer.

■ DIFFAMIERUNGSKAMPAGNE DER SPD

Helmut Kohl: Endlich Schluß mit Heuchelei und Pharisäertum

Auf die schamlosen Angriffe der SPD gegen den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger erklärte Helmut Kohl im Deutschen Bundestag: Wir wollen keine Hexenjagd. Wir wollen auch, daß einer, der in jungen Jahren zu einer extremen Gruppe kam, nicht ein Kainsmal bis ans Ende seiner Tage an sich trägt, daß ihm das Grundrecht des Irrtums, der Fähigkeit des Dazulernens zugesessen wird.

Das war immer unsere Meinung. Wenn Sie jetzt im Zusammenhang mit der Debatte um unseren Freund Hans Filbinger, diesen Zusammenhang herstellen, dann zeigt sich ganz klar und deutlich, was Ihre eigentliche Absicht ist. Es geht Ihnen überhaupt nicht um Hans Filbinger, es geht Ihnen nicht um den Kollegen Puvogel oder diesen oder jenen.

Es geht Ihnen ausschließlich darum, ein Schlachtengemälde zu errichten, nach dem — in Ehmkes Formulierung kam das Wort wieder vor — die Rechten die Schuld für alles tragen. Wer rechts ist und wer Nazi ist, bestimmen Sie. Das ist jener Akt schlimmer Heuchelei, daß es Ihnen gar nicht um das Schicksal des einzelnen geht, sondern daß Kategorien geschaffen werden.

Weil Sie mit Ihrer Politik am Ende sind, brauchen Sie jetzt die Diffamierung einer ganzen Gruppe unseres Volkes;

weil Sie wissen, daß Sie mangels eigner Beiträge dabei sind, die Macht zu verlieren, deswegen muß jetzt diffamiert werden. Deswegen wollen Sie so eine Art Schnüffelei und Gesinnung der Reentnazifizierung 30 Jahre nach dem Ende Adolf Hitlers einführen.

Ich werde leidenschaftlich dafür kämpfen, daß wir uns in der Union nicht in der gleichen Weise betätigen. Ich sehe die Pflicht unserer und vor allem auch meiner eigenen Generation, die nach dem Kriegsende noch Kind war und gar nicht in die Versuchung jener Zeit geraten konnte, darin, zum inneren Frieden beizutragen. Es ist eine erbärmliche Sache, wenn Sie jetzt versuchen, in alten Skripten von 20- oder 22jährigen herumzusuchen, mit dem Rotstift herumzukorrigieren, um Ihr Feindbild von heute entsprechend beweisen zu können.

Diese Art historischer Mistkäferei wird uns den inneren Frieden nicht bringen. Und was dabei so besonders erbärmlich ist — ich sage dieses Wort so hart —, ist, daß Sie Unterschiede machen. Sie machen einen Unterschied zwischen jenem, der damals in jüngeren oder älteren Jahren einmal Hitler anhing und nach dem Krieg zur SPD ging — der hat die volle Reinigung erfahren — derjenige, der es nur bis zur CDU brachte, im Fegefeuer verharren muß und der, der es nur bis zur FDP brachte, vorerst geschnitten wird, solange Sie die FDP in der Koalition brauchen. Das ist doch Ihre Moral.

Deswegen bin ich dagegen, daß wir jetzt nachforschen: Der hat das geschrieben, und jener hat dort das geschrieben. Herr Kollege Brandt, Sie wissen so gut wie ich, daß in geschichtlich so schweren Zeiten, wie sie auch das Dritte Reich war, der eine in eine persönlich ungleich schwierigere Lage kommt und der andere mehr Glück hat.

Jetzt spricht beispielsweise über die Taten im Dritten Reich eine ganze Generation, die damals noch gar nicht lebte, die durch miserablen, nicht existenten Geschichtsunterricht ein zum Teil völlig falsches Bild von dieser Zeit bekommen hat. Mir tut es weh, wenn ich gelegentlich beobachte, wie Leute über Zeiten und über Menschen, über Gefahren und Versuchungen reden, die sie nur aus den Akten und aus den Büchern kennen können, die in die Gefahr der Versuchung nie gekommen sind. Wenn das aber so ist: Warum versucht man einen Mann wie Hans Filbinger zu treiben und ihn zur Strecke zu bringen, anstatt mit ihm ein Gespräch über diese Zeit zu führen. Wer Hans Filbinger kennt, weiß, daß er ein Mann ist, der aus seiner ganzen Art, aus seinem Herkommen, aus seiner Überzeugung — auch aus seiner religiösen Überzeugung heraus kein Mann des NS-Staates war.

Es ist eine zutiefst deprimierende Sache, wenn jetzt nach über 30 Jahren sozusagen ein Gesinnungszertifikat ab gefordert wird. Er war damals in einer besonders schweren, menschlich tief bedrückenden Situation. Wer mit ihm darüber redet, kann das in jeder Sekunde verspüren. So etwas bedrückt einen. Er ist ein Mann, der anderen geholfen hat — das ist doch unbestreitbar —, der in diesem konkreten Fall offenkundig nicht helfen konnte.

Wer ist nun derjenige, der im Bundes-

tag aufsteht und mit einem Akt von Selbstgerechtigkeit ohnegleichen erklärt, mir wäre das nicht passiert? Das ist pharisäische Gesinnung. Das Bedrückende an der Sache ist doch, daß diese persönliche geschichtliche Erfahrung eines Mannes aus einer exponierten Generation jetzt mit der Tagespolitik vermengt wird. Wenn Hans Filbinger in einer anderen Partei der drei im Parlament vertretenen Parteien wäre, würde niemand über diesen gleichen Vorgang reden. Das ist das, was in diesem Zusammenhang erbärmlich ist.

Unsere wichtige historische Pflicht ist es, für die Kinder aus diesen schrecklichen Erfahrungen zu lernen, die unser Volk im 20. Jahrhundert machen mußte. Natürlich gehören zur deutschen Geschichte Auschwitz, Majdanek und Treblinka; ich habe es schon mehrmals hier gesagt. Aber dazu gehört auch der 20. Juli. Ich bin der Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union, einer Partei, die ihren entscheidenden Impuls aus dem deutschen Widerstand empfangen hat.

In wenigen Tagen begehen wir den 100. Geburtstag von Andreas Hermes, dem ersten Vorsitzenden der CDU in einem wichtigen Teil Deutschlands. Dieser Mann war noch ein Jahr, bevor er Parteivorsitzender wurde, vom Blutgericht Roland Freislers zum Tode verurteilt worden. Er ist dann erneut in der Sowjetunion von sowjetischen Gerichten verurteilt worden.

Bei dieser Herkunft müssen wir doch mit niemandem darüber reden, was Geist des Widerstandes ist. In dieser CDU/CSU-Fraktion sitzt der Sohn des Grafen Stauffenberg. Wir müssen doch nicht darüber reden, ob wir gegen Hitler stehen, ob wir gegen den faschistischen Geist stehen. Das ist für uns selbstverständlich.

■ BUNDESTAGS-PROTOKOLL

So benimmt sich Herbert Wehner

Zum Schluß der Bundestagsdebatte am 1. Juni 1978 fiel Herbert Wehner wieder aus der Rolle. Er kannte erneut keine Parteien mehr, sondern nur noch die Koalition und sonst niemanden im Deutschen Bundestag. Die 254 „sonstigen“ Abgeordneten waren für ihn nicht nur eine „außerparlamentarische Opposition“, sie wurden sogar zur „feixenden Meute“.

Was Wehner im Plenum rief und was ihm entgegenschaltete, fingen die Bundestagsabgeordneten auf:

„Ich sage Ihnen, daß die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sich dagegen verwahrt, die hier demonstrierte Art und Weise zur Lähmung und Entwürdigung der Arbeit des Parlaments weiter anzusehen.“

(Beifall bei der SPD — lebhafter Widerspruch und Lachen bei der CDU/CSU)

Wer sind Sie denn, die Sie hier plötzlich feixen? Wo waren Sie denn, als dieser Bundestag im Jahr 1949 anfing?

(Unruhe bei der CDU/CSU)

Wo nehmen Sie denn den Mut her, diesen Bundestag um jeden seinen Ruf zu bringen? (Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU: Wo waren Sie denn?)

Ich habe Ihnen in der letzten Debatte vor Pfingsten gesagt: (Zuruf von der CDU/CSU: Wo waren Sie denn vor 30 Jahren?) Sie sind gar nicht eine parlamentarische Opposition, Sie sind eine

außerparlamentarische Opposition, im Sinne nämlich von Apo, aber rechts draußen.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Es gibt zu meinem Bedauern nach unserer Geschäftsordnung und auch nach unserer Praxis bei allem was sonst den Deutschen an Organisationsfähigkeit nachgesagt wird, keine Möglichkeit, (Dr. Jenninger CDU/CSU: Leider Gottes! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU) Nein, nein! — Sie dazu zu bringen, daß Sie Ihrer Aufgabe als Parlamentarier endlich gerecht werden und sich mit der Tagesordnung befassen. (Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Ich frage Sie: Wo und wie wollen Sie das denn verantworten, Sie feixende Meute?

(Empörung bei der CDU/CSU — zahlreiche erregte Zurufe von der CDU/CSU)

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Abgeordneter: (Anhaltende Empörung bei der CDU/CSU — anhaltende erregte Zurufe von der CDU/CSU)

Zuruf von der CDU/CSU: Wir sind doch nicht im Reichstag!

Wehner (SPD): Wir sind ganz woanders; (Glocke von Vizepräsident Frau Funcke)

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Abgeordneter Wehner, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf!

■ KOALITION

Bundesregierung verzögert fällige Steuerschätzungen

Neue Steuerschätzungen seinen dringend geboten und längst überfällig, erklärte aus Anlaß des Ausbleibens der Steuerschätzungen der Vorsitzende des Arbeitskreises III für Haushalt, Steuern, Geld und Kredit der CDU/CSU-Fraktion, Hansjörg Häfele.

Die Pressestelle des Bundesfinanzministeriums hatte am 15. Dezember 1977 die Beschlüsse des Finanzplanungsrats veröffentlicht. Bund und Länder hatten darin feste Regeln zur Zeitplanung ihrer Beratungen festgelegt. Es heißt dort: „Vor der Verabschiedung der Haushalte und Finanzpläne in den Kabinetten wird eine Aktualisierung der mittelfristigen Steuerschätzung notwendig sein.“ Vor der zweiten Sitzung des Finanzplanungsrats, die für Mai/Juni vereinbart worden war, d. h. also unmittelbar vor den abschließenden Beratungen der Haushalte und Finanzpläne in den Kabinetten, sollten die volks- und finanzwirtschaftlichen Annahmen „auf dem Hintergrund der Entwicklungen der letzten drei Monate überprüft und gegebenenfalls angepaßt werden“.

Nun ist der Mai verstrichen, in Bund und Ländern stehen die Vorbereitungen für die neuen Haushalte und die Finanzplanungen vor dem Abschluß, die Steuereinnahmen sind höher als geschätzt, aber das alles kann die Bundesregierung nicht dazu bewegen, die von ihr mitgetragenen Beschlüsse einzuhalten.

Wegen der unbegründeten Verletzung dieser vernünftigen Vereinbarungen hat Häfele nunmehr an die Bundesregierung die Fragen gerichtet, warum sie trotz bereits vorliegender Beschwerden einzelner Bundesländer, die die Schätzungen zur Aufstellung ihrer Haushalte und Finanzplanungen ebenfalls dringend benötigen, bisher nicht zu der für Mai 1978 vereinbarten Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzung eingeladen habe, und wann die Bundesregierung die nächste Sitzung dieses Arbeitskreises einzuberufen gedenke.

Eppler fordert in der DDR Verbot der Neutronenbombe

Der baden-württembergische SPD-Vorsitzende Eppler hat sich in der DDR durch seine Unterschrift zu einer dort eifrig betriebenen Kampagne gegen den Bau einer Neutronenbombe bekannt. Das geht aus einem Bericht der „Neuen Zeit“, dem Zentralorgan der Ost-CDU, hervor. Das Blatt berichtet über den evangelischen Kirchentag in Erfurt. Wörtlich hieß es dort: „In einer beim CFK-Informationsstand ausgelegten und von mehr als 250 Kirchentagsteilnehmern unterzeichneten Erklärung war der Appell ‚Schluß mit dem Wettrüsten!‘ ebenfalls durch die Forderung ‚Schluß mit der Arbeit an der Neutronenbombe!‘ konkretisiert worden. Ihre Unterschriften gaben auch einige ökumenische Ehrengäste, unter ihnen einer der drei Präsidenten des Evangelischen Kirchenrates der BRD, der baden-württembergische SPD-Vorsitzende Erhard Eppler.“ Die Abkürzung CFK steht für „Christliche Friedenskonferenz“, ein Zusammenschluß von Kirchen, kirchlichen Vereinigungen und einzelnen Christen, der sich seit 1961 in der von Moskau gesteuerten „Weltfriedensbewegung“ hervortut.

■ HÖCHERL-BERICHT

Forderungen der Union bestätigt

Der im Auftrag der Bundesregierung von dem ehemaligen Bundesinnenminister Hermann Höcherl erstellte Bericht über die Ursachen der polizeilichen Fehler bei der Fahndung nach den Entführern des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer hat alle Führungsfehler bestätigt und alle wesentlichen Forderungen unterstrichen, die bereits am 16. März 1978 in der Bundestagsdebatte um die Schleyer-Entführung von der CDU/CSU-Fraktion vorgetragen wurden, erklärte der stellvertretende Vorsitzende und innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Alfred Dregger:

① Dem Bund fehlt es zur sorgfältigen Vorbereitung und zur Durchführung der Terrorismusbekämpfung nicht an den notwendigen gesetzlichen Kompetenzen; eher fehlt eine klare Zuordnung und Abgrenzung zwischen den Aufgabenbereichen der einzelnen Institutionen innerhalb des Bundes und zwischen dem Bund und den Ländern.

② Erst nach dem Anschlag auf Hanns Martin Schleyer und seine Begleiter wurde das Führungs- und Informationssystem erfunden und eingeführt, das dann vom Bundeskriminalamt praktiziert wurde. Dieses Führungs- und Informationssystem war nicht bekannt. Es war in sich widersprüchlich, es war nicht eingespielt, und es konnte daher nicht funktionieren.

③ Trotz mehrerer vorausgegangener Attentate und Entführungen und trotz umfassender Bundeskompetenzen hatte die Bundesregierung keine angemessenen Vorbereitungen für den Ernstfall getroffen. Das Zusammenwirken der Sicherheitsorgane des Bundes und der Länder war nicht erprobt worden.

Unsere Forderungen lauten:

① Es ist eine ständig besetzte Führungszentrale im Bundesinnenministerium einzurichten, die verantwortlich ist für das Lagezentrum dieses Ministeriums und für die drei großen Sicherheitsdienste des Bundes, das Bundeskriminalamt, den Bundesverfassungsschutz und den Bundesgrenzschutz sowie für deren Zusammenarbeit mit den Sicherungskräften der Länder.

② Unterhalb dieser Führungszentrale und dem Bundeskriminalamt darf es neben speziellen Sonderkommissionen keine Koordinierungsstäbe oder ähnlich ad hoc erfundene Einrichtungen geben. Auch auf der Bundesebene dürfen politische Führung und polizeiliche Führung nicht vermischt werden.

③ In Planspielen werden die Zusammenarbeit der Landespolizeien mit dem Bundeskriminalamt sowie das Zusammenwirken der Polizei mit dem Verfassungsschutz aller Ebenen und dem Bundesgrenzschutz unter der Verantwortung der Führungszentrale im Bundesministeriums des Inneren in regelmäßigen Abständen erprobt.

■ RENTEN

Regierungsvorlage hemmt die europäische Einigung

Die Rentenpläne der Bundesregierung sehen zumindest für einen Zeitraum von drei Jahren vor, an die Stelle der sich aus objektiven Kriterien ergebenden Anpassungssätze willkürlich gebriffene zu setzen. Die Bundesregierung koppelt dadurch unser Altersversorgungssystem vom europäischen Standard ab und verletzt einen von ihr selbst initiierten Beschuß des Ministerrats der EG aus dem Jahre 1974, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler in Bonn.

Wie eine Studie der CDU-Bundesgeschäftsstelle, ausgearbeitet von der Abteilung Analysen und Projektionen in der Hauptabteilung Politik, zeigt, gibt es keinen einzigen EG-Mitgliedsstaat mit Ausnahme Irlands, der nicht objektive Maßstäbe zur Berechnung und Anpassung der Renten hätte. Die Kriterien sind zwar unterschiedlich — zum Beispiel halbjährliche Anpassung auf Grundlage der Entwicklung des Preisindexes in Dänemark, gesetzlich verankerte laufende Dynamisierung mit Bruttolohnbezogenheit in den Niederlanden — doch es sind immer klare Kriterien, die es dem einzelnen Versicherten und Rentner ermöglichen, Höhe und Entwicklung seiner Rente eindeutig kalkulieren zu können.

Die Rentenpläne der Bundesregierung stehen im krassen Widerspruch zu dem

von der Bundesregierung selbst initiierten Beschuß des EG-Ministerrats. Auf Initiative des damaligen Bundesarbeitsministers, Walter Arendt, hatte der EG-Ministerrat am 21. Januar 1974 ein „Sozialpolitisches Arbeitsprogramm“ beschlossen. Darin wurde unter anderem die „schrittweise Einführung von Verfahren zur Anpassung der Sozialleistungen an den wachsenden Wohlstand in den einzelnen Mitgliedsstaaten“ als besonders wichtig angesehen.

Dieser Beschuß ist von der EG-Kommission am 11. Januar 1977 folgendermaßen konkretisiert worden: „Zur Übertragung der Entschließung des Rates in praktische Maßnahmen schlägt deshalb die Kommission vor, daß die Gemeinschaft sich bemühen sollte, die Entwicklung sämtlicher Sozialleistungen im Einklang mit der Entwicklung der Durchschnittsverdienste in den betroffenen Mitgliedsstaaten zu bewerten.“

Diesem Standard entsprach das deutsche Alterssicherungssystem bereits seit 1957. Die anderen europäischen Staaten haben Anstrengungen unternommen, diesem Standard näherzukommen. So zum Beispiel Großbritannien mit dem „Social Security Pensions Act“ vom April 1978. In Dänemark werden zur Zeit entsprechende Initiativen vorbereitet.

Es ist ein schwerer Rückschritt, wenn die Bundesregierung nun ohne Not und trotz Vorliegens klarer und besserer Alternativen die zaghaften und mühsamen europäischen Bemühungen um mehr Gemeinsamkeit auch in der Sozialpolitik aufkündigt. Europa kann nicht geschaffen werden durch weniger, sondern nur durch mehr Gemeinsamkeit. Die Rentenpläne der Bundesregierung sind ein schwerer Schlag gegen die europäische Einigung.

■ SUBVENTIONEN

Ständige Überprüfung und Anpassung unbedingt erforderlich

Die CDU/CSU-Faktion hat immer wieder erklärt, bei der überfälligen Konsolidierung der Staatsfinanzen verantwortlich mitzuarbeiten. Sie hat dies beim Haushaltsgesetz 1975 bewiesen. Voraussetzung ist jedoch, daß die Bundesregierung ihr Regierungsamt wahrnimmt und geeignete Vorschläge unterbreitet. In diesem Zusammenhang kommt dem Bereich der Transferzahlungen und Subventionen große Bedeutung zu. Die CDU/CSU-Faktion hat deshalb in einer Arbeitsgruppe „Subventionen“, der die Abgeordneten Peter von der Heydt, Waltrud Will-Feld, Johannes Gerster und Manfred Langner angehören, folgende „Grundsätze zur Subventionspolitik“ erarbeitet:

Volkswirtschaftlich gerechtfertigte Subventionen gehören zu einer an den Grundsätzen des § 1 StWG ausgerichteten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Ihre ständige Überprüfung und Anpassung an veränderte Umstände sind aber ebenso zwingend. Die Bundesregierung und SPD/FDP-Koalition haben sich dieser Aufgabe versagt. Bei der Gewährung, Überprüfung, Anpassung und dem Abbau von Subventionen sind folgende Grundsätze zu beachten:

I. Gewährung, Überprüfung und Anpassung von Subventionen

Der Begründungzwang für jede Subvention im System der Sozialen Marktwirtschaft erfordert eine klare Zielformulierung und überzeugende Darlegung, wie und warum das angesetzte Subventionsmittel die gestellte Aufgabe erreicht. Im Zweifel ist gegen die Subvention zu entscheiden.

Insbesondere ist zu begründen, welche Ziele des § 1 StWG mit der Subventionsgewährung erreicht werden sollen und darzulegen, welche Nebenwirkungen zu erwarten sind.

Neben der Wirkungsanalyse sind Erfolgskontrollen sowie Kosten-Nutzen-Analysen verbindlich zu machen.

Subventionen sind grundsätzlich zu befristen, um sie einer parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen, soweit der Subventionszweck die Befristung nicht zwingend ausschließt.

Die degressiven sind linearen Subventionen vorzuziehen.

Steuerentlastungen sind Finanzhilfen vorzuziehen. Es sei denn, daß die Zweckbestimmung der Subvention dies ausschließt.

Eine Verstärkung der Produktivitäts- und Wachstumssubventionen im Verhältnis zu Erhaltungs- und Anpassungs- subventionen ist anzustreben. Der Anteil der Subventionen mit investiver Wirkung ist zu Lasten von Subventionen

mit konsumtiver Wirkung zu vergrößern. Rückzahlungsverpflichtungen nach dem Vorbild der marktnahen Förderung im Rahmen technologischer Schwerpunktprogramme sind auszudehnen. Verbilligte Kredite sind verlorenen Zuschüssen vorzuziehen.

II. Abbau von Subventionen

Begrenzung und Abbau von Subventionen sind unverzichtbar für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Die notwendige Anpassung und Überprüfung von Subventionen ist auch mit dem Ziel vorzunehmen, das Subventionsvolumen absinken zu lassen.

Ein ausgewogenes Konzept der Haushaltskonsolidierung hat daneben Zuwendungen, die begrifflich nicht Subventionen im Sinne von § 12 StWG sind sowie andere Transferleistungen, die ihre soziale Zweckbestimmung verfehlten, mit einzubeziehen.

Die CDU/CSU mahnt die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der Bundesregierung nach § 12 Abs. 4 StWG zum konsequenten Subventionsabbau energisch an. Dem Bestreben der Bundesregierung, durch Eingrenzung des Subventionsbegriffes einen Abbau vorzutäuschen, tritt die CDU/CSU entgegen.

■ INFORMATION

Hellmut Holle neuer Bundesgeschäftsführer

Im Einvernehmen mit dem CDU-Präsidenten hat Generalsekretär Heiner Geißler Hellmut Holle zum Bundesgeschäftsführer der Christlich Demokratischen Union Deutschlands bestellt. Hellmut Holle wird Nachfolger von Karl-Heinz Bilke, der im September sein neues Amt als Hauptgeschäftsführer der Konrad-Adenauer-Stiftung übernimmt. Der neue CDU-Bundesgeschäftsführer ist Rechtsanwalt und war bisher Direktor im Zentralbereich Finanzen der Demag AG in Duisburg. Hellmut Holle ist 43 Jahre alt, verheiratet und hat 3 Kinder.

Milliardendefizit droht

Zu den Arbeitslosenzahlen der Bundesanstalt für Arbeit für Mai 1978 erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises Sozial- und Gesellschaftspolitik, Heinz Franke, die CDU/CSU begrüße zwar

den Rückgang der absoluten Zahl der Arbeitslosen um rund 87 000 auf etwa 913 000. Im Frühjahr 1977 sei jedoch eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen gewesen, als die Arbeitslosenzahl um 93 000 auf 946 000 zurückging. Trotz dieser saisonbedingten Rückgänge der Arbeitslosenzahl drohte der Bundesanstalt für Arbeit unverändert ein Milliardendefizit, über dessen finanzielle Dekkungsmöglichkeiten sich die Bundesregierung weiterhin leider beharrlich ausschweige.

Verbesserter Schutz gegen Unfälle von Mot-Zweirädern

Der Deutsche Bundestag hat den CDU/CSU-Antrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für motorisierte Zweiradfahrer verabschiedet. Dazu erklärt der Abgeordnete Günter Straßmeir, Mitglied im Verkehrsausschuss, der Bundestag habe durch die Verabschiedung des CDU/CSU-Antrages in einem Maßnahmenkatalog konkret festgelegt, wo die Bundesregierung in Zukunft die Schwerpunkte bei der Bekämpfung der

sich häufenden Unfälle von motorisierten Zweiradfahrern setzen solle. Die CDU/CSU ist der Auffassung, daß es höchste Zeit ist, insbesondere die Neu-Regelung der Führerscheine für motorisierte Zweiräder in Angriff zu nehmen, die freiwillige Nachschulung der jugendlichen Zweiradfahrer konsequent voranzutreiben, die Schutzkleidung für motorisierte Zweiradfahrer zu verbessern und schließlich auch Sicherheits-standards für den Bau besonders verkehrs- und unfallsicherer motorisierter Zweiräder zu erarbeiten.

Jetzt in der DDR: Schulfach Schießen

In der „DDR“ sollen alle Kinder militärisch gedrillt werden. Nach den Sommerferien soll „Wehrerziehung“ Schul-fach werden. Werner Marx, MdB, hierzu: „Die Schüler sollen nicht nur zum Haß gegen den Klassenfeind, also gegen uns, erzogen, sondern auch im Umgang mit Waffen geschult werden.“

Gerichtsurteil zur Aussperrung

Das Ulmer Arbeitsgericht hält eine suspendierende „Abwehraussperrung“ gegen einen Schwerpunktstreik für zulässig, eine „Angriffsaussperrung“ wird jedoch von der Ersten Kammer des Ulmer Arbeitsgerichts „als Mißbrauch der Verfügungsmacht der Arbeitgeber über die Produktionsmittel“ als rechtsunwirksam bezeichnet. Mit dieser Begründung hat das Ulmer Gericht vier Einzelklagen von IG-Metall-Mitgliedern gegen die Aussperrung im Metalltarifkonflikt in Nordwürttemberg/Nordbaden abgewiesen. Das Gericht lieferte im Rahmen der Massenklageaktion der IG Metall gegen die Aussperrung (30 000 haben geklagt) die erste jetzt vorliegende

schriftliche Begründung. Gegen einen Schwerpunktstreik kann nach Ansicht des Gerichts eine suspendierende Abwehraussperrung deshalb ausgerufen werden, weil ohne diesen Gegendruck die Gewerkschaften den Inhalt des Tarifvertrages ihrerseits diktieren könnten.

„Unvertretbare Urteilsschelte“

Der Deutsche Richterbund hat dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Herbert Wehner, „unvertretbare Urteilsschelte“ vorgeworfen. Wehner hatte in einem Telegramm an den Schriftsteller Böll erklärt, er solle sich durch seine Niederlage im Prozeß gegen den Publizisten Matthias Walden nicht „in Verbitterung hetzen lassen“ durch das, was das Gericht ihm „angetan“ habe. Nach Ansicht des Richterbundes hat Wehner damit zum Ausdruck gebracht, „daß Böll durch die Gerichtsentscheidung bitteres Unrecht angetan“ worden sei. „Es ist unerträglich, wenn das Bemühen mehrerer Instanzen einschließlich des Bundesgerichtshofs um eine sachgerechte Abwägung verschiedener Rechtsgüter in dieser Weise negiert wird.“

Staatsanwalt sucht im Bundestag Abhöranlage

Erneut abgehört worden ist der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß im Dezember letzten Jahres. Die Staatsanwaltschaft München hat den Verdacht, daß in diesem Fall die Telefonleitung im Bereich des Bundeshauses in Bonn angezapft worden war. Bei Bundestagspräsident Karl Carstens beantragte sie die Genehmigung für eine Untersuchung des Telefonnetzes beim Deutschen Bundestag.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

■ MAIHOFER

Auflösungsprozeß setzt sich fort

Der Auflösungsprozeß der Bundesregierung setzt sich fort. Nur 100 Tage nach der Umbildung des Kabinetts muß erneut ein führendes Mitglied der Bundesregierung zurücktreten, stellt Helmut Kohl zum Rücktritt von Bundesinnenminister Maihofer fest. Noch drei Tage vor der Wahl in Niedersachsen und Hamburg haben führende Repräsentanten der SPD und FDP im Deutschen Bundestag öffentlich erklärt, daß niemand an den Rücktritt von Innenminister Maihofer denke.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion respektiert, daß Werner Maihofer die politische Verantwortung für die Pannen bei der Fahndung nach den Entführern von Hanns Martin Schleyer übernimmt.

Dieses Verhalten von Werner Maiho-

fer wirft um so dringlicher die Frage nach der Verantwortlichkeit des nordrhein-westfälischen Innenministers Hirsch und des Berliner Justizsenators Baumann auf.

Minister wechseln — Probleme bleiben

Acht Jahre nach Regierungsbeginn der SPD/FDP haben wir nun den 3. Innenminister, den 3. Verteidigungsminister, den 4. Minister für Städtebau und Wohnungswesen, den 4. Entwicklungshilfeminister, den 4. Minister für den Bereich Bildung und Wissenschaft, den 5. Minister für den Bereich Forschung und Technologie, den 5. Finanzminister.

Die alten Minister haben hinterlassen: eine Fülle von Skandalen, Pannen und den größten Schuldenberg, den die Bundesrepublik Deutschland je hatte. Diese Probleme schiebt die Bundesregierung weiter vor sich her, ohne sie zu lösen. Da helfen auch keine Ministerwechsel.

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 21 80 40. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00. Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD